

Sitzungsperiode 2022-2023
Sitzung des Ausschusses I vom 3. April 2023

FRAGESTUNDE*

- **Frage Nr. 1287 von Frau CREUTZ-VILVOYE (CSP) an Ministerpräsident PAASCH zum Stand der Dinge hinsichtlich der Finanzierung der Flutschäden auf dem Gebiet der Stadt Eupen**

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft gewährt den Gemeinden, die von der Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 betroffen waren, eine Sonderdotation in Höhe von 27.275.000 Euro.

Den Löwenanteil erhält mit 25 Millionen Euro die Stadt Eupen, gefolgt von der Gemeinde Burg-Reuland mit 1,2 Millionen.

563.000 Euro fließen nach Raeren, 348.000 nach Kelmis.

Die Gemeinde Lontzen erhält 101.000 Euro, die Gemeinde St.Vith 60.000 Euro.

Diese Beträge gründen auf den Kostenschätzungen, die die Gemeinden zur Bewältigung der Folgen des Hochwassers im öffentlichen Bereich übermittelt haben und die somit, abzüglich etwaiger Versicherungsentschädigungen oder durch andere Behörden getragene Leistungen, in ihrer Gesamtheit durch die DG abgedeckt werden, so Ministerpräsident und Finanzminister Oliver Paasch vor rund einem Jahr der Presse gegenüber.¹

Hierzu meine Frage:

Wie ist der Stand der Dinge hinsichtlich der Arbeiten, die insbesondere auf dem Gebiet der Stadt Eupen im Rahmen dieser Finanzierung verrichtet wurden?

- **Frage Nr. 1288 von Herrn NELLES (CSP) an Minister ANTONIADIS zur Umgehungsstraße N62 – Stand der Dinge nach Aussprache mit dem zuständigen Minister der Wallonischen Region**

In der Resolution unseres Parlaments zu einer geplanten Umgehungsstraße der Regionalstraße N62 sowie zu den Mobilitätsproblemen im Süden der Deutschsprachigen Gemeinschaft² wird unsere Regierung unter anderem aufgefordert, sich unverzüglich bei der Regierung der Wallonischen Region für die Fortführung des Projekts und die Lösung der Problematik einzusetzen sowie dabei die Dringlichkeit hervorzuheben und den zuständigen Minister Henry zu einem Arbeitsgespräch vor Ort einzuladen.

Die Resolution wurde in der Plenarsitzung vom 25. April 2022 verabschiedet.

Unterdessen war Minister Henry am 22. März 2023 zu Gast in Ostbelgien. Bei der Gelegenheit hat er sich ein Bild von der Situation in der Gemeinde Burg-Reuland gemacht.

* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

¹ <https://brf.be/regional/1588016/>

² Vgl. dazu PDG; Dokumente 146 (2021-2022), Nr. 1-7

Ausgehend von einem Bericht des Belgischen Rundfunks, soll Minister Henry eingeräumt haben, dass eine Umgehungsstraße der einzige Weg sei, die Belastungen für die Bevölkerung in den Anrainerdörfern der N62 zu mindern.³

Nach dem Ortstermin in Burg-Reuland hat Minister Henry seinen ostbelgischen Amtskollegen, Minister Antoniadis, zu einem Gespräch getroffen.

Hierzu meine Frage:

Wie ist der Stand der Dinge in dieser Akte nach dem Gespräch zwischen den Regierungen?

• **Frage Nr. 1289 von Herrn HEINERS (ProDG) an Minister ANTONIADIS zur weiteren Vorgehensweise der Regierung bezüglich der Umgehungsstraße N62**

Um über die Situation und die Probleme im Zusammenhang mit der Regionalstraße N62 auszutauschen, haben Sie, werter Herr Minister, am 23. März den zuständigen Regionalminister Philippe Henry empfangen.

Das hohe Verkehrsaufkommen und das Fehlen von Ausweichmöglichkeiten für diese Route sorgen schon seit längerem für Diskussion, und es kommt hier vermehrt zu schweren Unfällen. Das PDG verabschiedete in Anbetracht dieser ungünstigen Verhältnisse rund um die N62 im vergangenen Jahr eine Resolution an die Regionalregierung, und forderte unter anderem eine Mobilitätsstudie und die Planungen für eine Umgehungsstraße wiederaufzunehmen.

Wie aus den Presseberichten zum Besuch des Ministers Henry hervorgeht, kommt eine Umgehungsstraße für die aktuelle Regierung nicht in Frage. Henry verweist hier auf die kommende Regierung nach den Wahlen 2024. Aktuell liege die Priorität auf der Sanierung bestehender Verkehrswege, die Erschließung neuer Verkehrswege sei daher nicht vorgesehen.

Wie ebenfalls aus der Berichterstattung zu vernehmen war, wurde Minister Henry auch dazu aufgefordert die vom PDG geforderte Mobilitätsstudie in Auftrag zu geben.

Meine Fragen diesbezüglich lauten:

1. Wie hat sich Minister Henry bezüglich der geforderten Mobilitätsstudie geäußert?
2. Wie gedenkt die Regierung der DG sich fortan für den Bau einer Umgehungsstraße einzusetzen?
3. Hat es diesbezüglich Kontakte zwischen der DG-Regierung und der Bürgerinitiative „N62 – Jetzt reicht’s“ gegeben?

• **Frage Nr. 1290 von Herrn LAMBERTZ (SP) an Minister ANTONIADIS zu den EU-Normen für die Energieeffizienz von Gebäuden**

Das EU-Parlament hat sich am 14. März 2023 für die Einführung strengerer Normen für die Energieeffizienz von Gebäuden ausgesprochen. Nach dem Willen der Mehrheit der EU-Abgeordneten sollen unter anderem Wohngebäude bis 2030 mindestens die Energieeffizienzklasse E und bis 2033 die Energieeffizienzklasse D erreichen. Ab 2028, d.h. in fünf Jahren, sollen nur noch Häuser gebaut werden, die kein zusätzliches CO₂ ausstoßen. Im Kontext der menschengemachten Erderwärmung und der bedrohlichen Folgen, die damit einhergehen, sind diese Vorschriften zweifellos ein wichtiges Instrument zur Bekämpfung des Klimawandels. Schließlich verursachen Schätzungen zufolge die Immobilien mehr als zwei Drittel aller Kohlendioxid-Emissionen in der EU.

Vor dem Hintergrund, dass die EU mit dem Green Deal der erste klimaneutrale Kontinent werden möchte, führt kein Weg an einer Verschärfung der Energieeffizienznormen vorbei,

³ <https://brf.be/regional/1703688/>

auch wenn damit zu rechnen ist, dass diese den einen oder anderen Mitgliedsstaat zu Kritik führen wird und die zu erwartende Sanierungspflicht keine uneingeschränkte Zustimmung finden wird.

Auf jeden Fall werden die neuen Vorschriften auch Folgen für den Gebäudebestand und den Wohnungsbau in der DG haben und in die Gesetzgebung unserer Gemeinschaft ihren Niederschlag finden.

Dazu meine Fragen:

1. Wie beurteilt die Regierung die geplanten neuen Energieeffizienzrichtlinien?
2. Welche Folgen würde ihre Einführung für die Bautätigkeit in der DG haben?
3. Wie können sich die politischen Entscheidungsträger und die hiesige Bauwirtschaft auf die anstehenden Veränderungen vorbereiten?

• **Frage Nr. 1291 von Frau SCHOLZEN (ProDG) an Ministerpräsident PAASCH zum Label „Made in Ostbelgien“**

Während am 16. Dezember in einer Pressekonferenz auf fünf Jahre „Standortmarke Ostbelgien“ zurückgeblickt wurde, steht in diesem Jahr ein weiteres Jubiläum ins Haus. Das Qualitätslabel „Made in Ostbelgien“ wurde bereits 2013 ins Leben gerufen und feiert somit im Jahre 2023 sein 10-jähriges Bestehen.

Die „Standortmarke Ostbelgien“ richtet sich an Unternehmen und Vereinigungen aus allen Bereichen, sowie Botschafter die sich in besonderer Weise mit unserer Region verbunden fühlen und dies in ihrer Kommunikation nach außen hin präsentieren wollen. Mit 380 Markenpartnern und 280 Botschaftern kann die Standortmarke als ein voller Erfolg betrachtet werden.

Das Qualitätslabel „Made in Ostbelgien“ richtet sich an alle regionalen Lebensmittelproduzenten, die sich durch eine besonders hohe handwerkliche Qualität auszeichnen und auf regionale Rohstoffe zurückgreifen. Auch das MiO-Label leistet, genauso wie die Standortmarke, einen wertvollen Beitrag zum positiven Image unserer Region.

Meine Fragen diesbezüglich lauten:

1. Wie bewerten sie die Entwicklung des Qualitätslabels „Made in Ostbelgien“?
2. Wie hat sich die Anzahl Partner innerhalb des Labels entwickelt?
3. Welche Aktionen sind für das Jubiläum vorgesehen?

• **Frage Nr. 1292 von Herrn MOCKEL (ECOLO) an Ministerpräsident PAASCH zu qualitativen Bankdienstleistungen**

Am 23. Mai 2022 verabschiedete das PDG eine Resolution an die Föderalregierung und die Regierung der DG zur Sicherung qualitativ hochwertiger und lokaler Bankdienstleistungen. Ihr Berater teilte uns am 6. März 2023 in Ausschuss I den aktuellen Stand Ihrer Bemühungen in der Angelegenheit mit. Das Anliegen wurde an die Banken herangetragen - mit ernüchternden Rückmeldungen.

Da es ähnliche Bemühungen in anderen belgischen Parlamenten gab, hat sich auch die IWEPS (das Wallonische Institut für Evaluation, Zukunftsforschung und Statistik) mit dem Thema befasst und vor kurzem einen Bericht vorgelegt.

Aus diesem gehen einige interessante Erkenntnisse hervor:

- Ein weiterer wichtiger Indikator in der Angelegenheit ist die Verteilung eines Automaten auf die Anzahl Einwohner. Damit fallen neue weiße Flecken auf.
- Die Distanz zum nächsten Bankautomaten sollte in Straßenabschnitten berechnet werden und nicht in Fluglinie.
- Das aktuelle Problem ist zum Teil auch Fehlentwicklungen in der Raumordnung geschuldet, wie beispielsweise der Zersiedelung.

Alles in allem verschärfen diese Erkenntnisse die Lage weiter, unter anderem für den ländlichen Raum.

In der 4. demoskopischen Befragung der Bürgerinnen und Bürger der DG durch die INFO GmbH wurde auch der Ort für regelmäßiges Konsumverhalten und die Inanspruchnahme von Dienstleistungen ermittelt. Leider wurde der Aspekt der Bankdienstleistungen hier nicht berücksichtigt. Durch die Repräsentativität der Umfrage, hätte eine Frage dazu sicherlich interessante Einblicke in die Lebensrealität der OstbelgierInnen gewährt.

Ich möchte Ihnen daher zu der Thematik folgende Fragen stellen, Herr Ministerpräsident:

1. Angesichts der ernüchternden Rückmeldungen des Bankensektors, welche weiteren Anstrengungen werden Sie unternehmen, um den Forderungen der Resolution nachzukommen?
2. Angesichts ähnlicher Resolutionen in weiteren belgischen Parlamenten, wie steht es um die Konzertierung mit den anderen Landesteilen in dieser Angelegenheit?
3. Inwiefern können die von der IWEPS gewonnenen Erkenntnisse auch für die Gesamtvision Ostbelgien Leben 2040 von Interesse sein?

• **Frage Nr. 1293 von Herrn MOCKEL (ECOLO) an Ministerpräsident PAASCH zur Umsetzung des Klimaschutzpfades der DG**

Im März wurde die vierte demoskopische Befragung der Menschen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft öffentlichkeitswirksam vorgestellt. Das Grenz-Echo fasste das erhobene Stimmungsbild wie folgt zusammen: " *Die Zahl derer, die sich Sorgen um künftige Entwicklungen machen, nimmt [jedoch] stetig zu.*" Am Wolkenhimmel steht vor allem ein Thema vorne an: die Unzufriedenheit mit den bisherigen Klimaschutzbemühungen am Wohnort. Sie stehen ganz unten, mit nur 57% Zufriedenheit. Gleichzeitig wird der Klimaschutz als sehr wichtig eingestuft. Im Vergleich zu allen anderen Thematiken ist der Abstand zwischen der Wichtigkeit des Themas und der Zufriedenheit mit den aktuellen Maßnahmen am größten. In der Ausschusssitzung vom 6. März teilte uns ihr Berater in Bezug auf die Entwicklungen zur Resolution der Klimaschutzdringlichkeitserklärung vom 20. Juli 2020 mit, dass kontinuierlich Projekte umgesetzt würden, wie etwa die "Finanzierung von Instrumenten, um den Fortschritt beim Erreichen der Ziele des Energie- und Klimaplanes sowie Energiesparpotenzial von Infrastrukturen kontinuierlich und systematisch zu messen". Desweiteren wurde vor allem darauf hingewiesen, welche Summen man vorsieht bzw. ausgibt, dass bei vielen Maßnahmen administrative Hürden genommen wurden - unter anderem die Berücksichtigung von Einkommen bei Förderinstrumenten (wie bspw. die Energieprämien). Der effektive Einfluss dieser Maßnahmen auf die Klimabilanz der DG ist noch nicht abzusehen. Einerseits erhofft man sich eine schnellere und breitere Akzeptanz, was die Inanspruchnahme der Energieprämien vermuten lässt. Andererseits spielen manchmal Mitnahme- oder Reboundeffekte in die entgegengesetzte Richtung und können die Klimabilanz noch verschlechtern.

Diese Situation veranlasst mich zu folgenden Fragen an Sie, Herr Ministerpräsident:

1. Wo steht der aktuelle Umsetzungsgrad des Klimaschutzpfades der DG, gemessen an den in der Resolution formulierten Ziele?
2. Wie sehen Sie die Evaluierung der Maßnahmen vor (u.a. im Hinblick auf soziale Gerechtigkeit, schnelle und breite Annahme, Mitnahme- und Reboundeffekte...)?